

ANTRAG des ÖWB  
an das Wirtschaftsparlament  
der Wirtschaftskammer Österreich am 30. November 2023

09. November 2023

### **Abgabenquote senken statt Erbschafts- und Vermögenssteuern**

Der Ruf nach Erbschafts- und Vermögenssteuern kommt in regelmäßigen Abständen von linker Seite. Dabei liegt Österreich bei der Abgabenquote im Spitzenfeld: In einem OECD-Vergleich von 2021 weist Österreich mit 47,8% den dritthöchsten Wert auf. Angesichts der bereits bestehenden hohen Steuerlast bringt die Einführung solcher Steuern einen erheblichen Wettbewerbsnachteil für den Wirtschaftsstandort. Steuerpolitisches **Ziel** muss die **Senkung der Abgabenquote** sein und **keine neuen Steuern!**

Hinter der Forderung Erbschaftsteuern einzuführen, steht die Überlegung, dass dadurch die Ungleichheit abnimmt. Tatsächlich verringern lt. Studien Erbschaften die Vermögenskonzentration, da Vermögenswerte von wenigen Personen auf viele übertragen werden. Durch **Erbschaftssteuern** steigt die **Konzentration von Vermögen** da der positive Effekt der Vermögensverteilung vermindert wird. Eine **Erbschaftsteuer** kann zudem dazu führen, dass **Unternehmen**, einschließlich Familienunternehmen, **zerschlagen** werden. Das hat schwerwiegende Auswirkungen auf Produktion, Beschäftigung und Wachstum.

Eine **Vermögenssteuer schwächt** die **Investitionskraft**, da Unternehmen Gewinne für zusätzliche Steuern verwenden müssen. Bei fehlenden Gewinnen belastet die Steuer das vorhandene Vermögen oder erfordert die Aufnahme neuer Schulden. Laut einer IHS-Studie würde bei Einführung einer Vermögensteuer in Österreich mit einem Aufkommen in Höhe von 1 Mrd. € ein langfristiger Rückgang des BIP um 0,65% (~3 Mrd. €) und ein Beschäftigungsrückgang drohen.

Auch wurde das Vermögen, das besteuert werden soll, bereits durch andere Steuern wie Einkommenssteuer oder Kapitalertragssteuer besteuert. **Erbschafts- und Vermögenssteuern** sind daher eine **Doppelbesteuerung!**

Besonders problematisch ist die **Vermögensbewertung**. Insbesondere bei Unternehmen, bei denen keine aktuellen Marktpreise verfügbar sind, werden aufwendige und kostspielige Verfahren benötigt, um annähernde Marktwerte sicherzustellen.

Letztlich sind **Erbschafts- und Vermögenssteuern** volkswirtschaftlich betrachtet **ineffizient**, da die hohen Verwaltungskosten die zusätzlichen Steuereinnahmen auffressen.

Aus guten Gründen wurde die Erbschaftsteuer 2007 vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig aufgehoben und die negativ wirkende Substanzsteuer in Österreich schon vor mehr als 10 Jahren von einem sozialdemokratischen Finanzminister abgeschafft.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichneten Delegierten daher folgenden

### **ANTRAG**

Die Wirtschaftskammer Österreich wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, die Abgabenquote zu senken, anstatt über Erbschafts- und Vermögenssteuern zu diskutieren, die den österreichischen Wirtschaftsstandort gefährden.



---

KommR. Renate Scheichelbauer-Schuster  
Obfrau, Bundessparte G&H



---

Mag. Philipp Gady  
Vizepräsident, WKÖ



---

Andreas Wirth  
Präsident, WK Bgld